

Beiträge zum
Widerstand 1933–1945

BERLIN

15

INGE DEUTSCHKRON

Berliner Juden im Untergrund

GEDENKSTÄTTE DEUTSCHER WIDERSTAND BERLIN

Berliner Juden im Untergrund

Vortrag in der Gedenk- und Bildungsstätte Stauffenbergstraße am
11. März 1980

„Du bist Jüdin“, hatte meine Mutter zu mir gesagt. Es war 1933, und es war das erste Mal in meinem Leben, daß ich auf diese Tatsache aufmerksam gemacht wurde. Wir waren eine assimilierte Familie gewesen. Meine Eltern waren Sozialisten, und bis 1933 hatte mein Vater seine ganze Freizeit der SPD zur Verfügung gestellt. Auch dann noch, als es schon mit Gefahren verbunden war, als die Nazis mit Gewaltakten ihre Gegner zum Schweigen bringen wollten. Ich verstand darum viel besser, als meine Mutter mir sagte, ich müsse mich auch als Kind von sozialistischen Eltern als besonders gute Schülerin erweisen, denn nunmehr seien Sozialisten besonders verpönt. Natürlich entging mir auch nicht, obwohl ich erst zehn Jahre alt war, daß Freunde meines Vaters verhaftet worden waren, und ich hörte mit Angst im Herzen von Mißhandlungen.

Zwei Daten sind mir aus jenen Tagen im Jahre 1933 besonders in Erinnerung geblieben: der 1. April, an dem die Nazis einen Boykott jüdischer Geschäfte durchführten. Ich habe es noch im Ohr, wie sie singend durch die Straßen zogen „... wenn's Judenblut vom Messer spritzt, dann geht's noch mal so gut...“. Sie stellten uniformierte SA-Posten vor die jüdischen Geschäfte und versuchten, die Berliner am Kaufen in jüdischen Geschäften zu hindern. Es gab damals einige mutige Berliner, die sich von diesen Posten nicht sehr beeindruckt ließen und dennoch in die jüdischen Läden gingen. Aber sie waren natürlich in der Minderheit. Wer an jenem Tag nicht auf die Straße mußte, unterließ es meist, sofern er nicht mit den neuen Machthabern sympathisierte. Schon am Vorabend zum 1. April hatte mein Vater nicht zu Hause übernachtet. Ein Freund hatte ihn gewarnt, daß die Nazis ständig auf unsere Wohnung wiesen und seine Verhaftung möglicherweise bevorstand. Auch in der folgenden Nacht beschlossen wir, daß es besser wäre, die ganze Familie würde nicht zu Hause angetroffen. So fuhren wir zu meines Vaters Schwester nach Spandau; eine jüdische Familie, die nicht politisch hervorgetreten war, erschien uns in jener Zeit als ein gutes Versteck. Für mich war es die erste Flucht, und von da an schien mir unser Zuhause nicht mehr den gleichen Schutz zu bieten wie bisher.

Am 7. April 1933 erhielt mein Vater die Mitteilung vom Provinzialschulkollegium, daß er aus dem Staatsdienst nach Paragraph 4 (Staatsfeind) des Gesetzes „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ entlassen worden sei. Da er als Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg gedient hatte, wurden ihm drei Viertel seiner Pension zugebilligt. Die Entlassung meines Vaters aus dem Schuldienst – er war zu jener Zeit Oberstudienrat – erfolgte lediglich seiner

politischen Bindungen wegen. Juden wurden in jener Zeit noch nicht aus dem Staatsdienst entfernt, sofern sie Frontkämpfer waren. Das bedeutete aber auch, daß kein Jude mehr in den Staatsdienst eintreten durfte.

Viele jüdische Menschen, die sich als gleichberechtigte Bürger gefühlt hatten, empörten sich gegen die damit verbundene Anschuldigung, sie seien Schädlinge eines nationalen deutschen Staates. Sie schickten Ergebnissadressen an die neuen Machthaber, in denen sie ihre Loyalität priesen. Andere meinten, es hätte ja nun einmal so kommen müssen, daß jemand wieder Ordnung in Deutschland schuf. Die Übergriffe der Nazis seien sicher nur Geburtswehen einer neuen Ära. Die Jüdische Gemeinde Berlins erwies ihre Loyalität dem neuen Staat gegenüber damit, daß sie Menschen wie meinen Vater, die zu Staatsfeinden erklärt worden waren, nicht einzustellen bereit war. Die Mehrheit der Juden war der Überzeugung, daß es keinen Grund zur Panik gäbe, und jene 37 000 Juden, die 1933 Deutschland verließen – meist junge Menschen, die keine Zukunft mehr in Deutschland zu haben glaubten –, wurden von den anderen belächelt.

Und wir arrangierten uns: mein Vater sah sich immer noch als Staatsbeamter, „der nicht einfach weglaufen konnte“, eine Maxime, die für ihn auch noch galt, als ihm 1935 eine interessante Lehrerstelle in Australien angeboten wurde. Wir zogen aus der Gegend, in der wir als Sozialisten so bekannt gewesen waren, in eine andere um. In der Uhlandstraße 167/168 wären wir auch anonym geblieben, hätten wir nicht mit den Bewohnern der Etage über uns eine enge Freundschaft gepflegt. Die Familien Walter Rieck und Dr. Erich Thaus waren in einer ähnlichen Lage wie wir. Beide waren als Sozialisten „gemäßregelt“ worden, hatten also ihre Stellung als Direktoren einer weltlichen Schule verloren und mußten nun einen neuen Lebensunterhalt suchen. Dr. Thaus schrieb für Geld Adressen, wir alle halfen ihm dabei. Frau Rieck schneiderte, wir halfen ihr, Kunden zu finden. Mein Vater gab Privatstunden, lehrte ausländische Studenten Deutsch, und erhielt schließlich eine Lehrerstelle in der Theodor-Herzl-Schule am Kaiserdamm, die, in privater Hand, sich nicht an seiner politischen Vergangenheit stieß. In enger Solidarität mit unseren nicht-jüdischen Freunden beobachteten wir Hitlers erste Schritte und waren so überzeugt, daß er in nicht zu ferner Zukunft scheitern würde, daß uns selbst der Brand des Reichstages ein Indiz dafür zu sein schien – überzeugt, daß es sich um Brandstiftung handeln müßte. Und das alles, obwohl wir mitansehen mußten, wie ein großer Teil des deutschen Volkes Hitlers Eintritt in die Weltpolitik unterstützte, sein Ermächtigungsgesetz guthieß und gegen die Einlieferung seiner Gegner in KZs nichts einzuwenden hatte. So ist es auch nicht verwunderlich, daß in den Jahren 1934 und 1935 – zu einer Zeit also, als das Auswandern noch relativ leicht war – nur 23 000 bzw. 21 000 Juden von der Möglichkeit Gebrauch machten, Deutschland zu verlassen. Ich besuchte eine nicht-jüdische Schule, das Fürstin-Bismarck-Oberlyzeum und war dort vollkommen zufrieden. Wir jüdischen Kinder wurden behandelt wie

alle anderen auch. Ja, ein Zwischenfall in unserem Haus schien uns noch zu beweisen, daß es in Deutschland noch Gerechtigkeit gäbe. Die Gestapo kam zu uns zu einer Haussuchung, die sie auf eine Anzeige hin auch bei den Riecks durchführte. Angeblich habe mein Vater Flugblätter gegen Hitler geschrieben, Frau Rieck sie auf einer elektrischen Maschine vervielfältigt, und ihre Tochter Ursel, die als Krankenschwester arbeitete, diese Flugblätter mit dem Koffer aus dem Hause gebracht. Selbst die Gestapo kam zu der Erkenntnis, daß es sich hier um das Hirngespinnst einer überaufmerksamen Nachbarin handelte.

Der Schock kam 1935 mit der Einführung der Nürnberger Rassegesetze. Sie führten zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Absonderung der Juden. Juden, die wegen ihrer Teilnahme am ersten Weltkrieg noch im Staatsdienst verblieben waren, wurden nun ebenfalls entlassen. Kein Jude durfte mehr einen „arischen“ Partner nehmen; Mischehen waren ausgeschlossen. Selbst in meiner toleranten Schule durften von nun an jüdische Kinder nicht mehr an allen Schulereignissen, wie Wanderungen, Schwimmen, Landschulheim-Aufenthalten, teilnehmen. In den Parks wurden besondere Bänke für Juden aufgestellt. Gewisse Viertel, wie das Regierungsviertel von Berlin, waren für Juden verboten. Der Gedanke, nun doch noch auszuwandern, wurde heftiger ventiliert als vorher. Die Berichte, die von Ausgewanderten kamen, klangen oft nicht sehr erfreulich. Es wurde klar, daß Menschen mit intellektuellen Berufen wenig Aussichten im Ausland hatten. Von der Jüdischen Gemeinde wurden Umschichtungskurse eingeführt, die stark besucht waren. Kaufleute lernten nun Konfekt herzustellen, Intellektuelle Kühe zu melken, Schuhe zu reparieren oder zu schneiden. Reiche Juden legten ihr Vermögen oft in handwerklichen Ausrüstungen an, um später im Ausland im neuen Gewerbe vorteilhafter arbeiten zu können. Mein Vater erlernte das Schuhmachergewerbe, ohne viel Hoffnung auf Erfolg zu haben. Ohne Zweifel blickten wir zu jener Zeit mit Neid auf die kleine Gruppe der Aristokratie unter den Juden – die Handwerker. Aber dennoch: die Auswanderung war noch immer nicht erheblich. Ich erinnere mich noch sehr gut, daß einige Juden sogar nach Deutschland zurückkehrten, weil ihnen die Bedingungen im Ausland zu ungewohnt waren. Ich erinnere mich an einen Onkel, den die Eigenart der Menschen im damaligen Palästina und die Unsauberkeit derartig abschreckte, daß er in das Berlin der Nazis zurückkehrte.

Zum Jahr der Entscheidung wurde das Jahr 1938 – es war das Jahr der Kennzeichnung der Juden. Jüdische Bürger mußten Zusatznamen annehmen – Sara für Frauen, Israel für Männer. Neugeborene mußten nach sogenannten jüdischen Namen benannt werden, die auf einer Liste von den Nazis zusammengestellt waren. Namen wie Itzig dominierten auf dieser Liste. Außerdem wurden Kennkarten für Juden ausgestellt, auf denen unretuschierte Photographien prangen mußten, die das linke Ohr – nach nazistischer Erkenntnis war seine Formung ein Beweis der Rassezugehörigkeit – sehen ließ. Die Kenn-

karten mußten auch die Fingerabdrücke des Inhabers aufweisen. Die Nummer auf der Kennkarte sollte in Zukunft den Namen des Juden ersetzen. Juden mußten ihr Vermögen anmelden, sofern es 5000 Mark überschritt. Der Staat wies ihnen die Summe zu, die sie von ihrem eigenen Vermögen monatlich verbrauchen durften. Jüdische Geschäfte mußten auf dem Schaufenster in großen weißen Lettern aus Ölfarbe den Namen des jüdischen Inhabers mit dem Zusatznamen aufweisen. Den jüdischen Ärzten und Anwälten wurden die Approbationen entzogen. 1500 sogenannte „asoziale“ Elemente wurden verhaftet – asozial war, wie im Falle meines Veters, jemand, der eine Autostrafe hatte. Im Oktober 1938 schoben die Nazis in einer Nacht- und Nebelaktion Juden mit polnischer Vergangenheit aus Berlin ab. Eine Aktion, die folgenschwere Wirkungen für uns alle haben sollte.

Die Eltern des in Paris lebenden Herschel Grynszpan waren unter den aus Deutschland abgeschobenen 15 000–17 000 Menschen, die tagelang an der polnischen Grenze herumirrten, weil die Polen sie nicht aufnehmen wollten. In seiner Wut über diese Tat ging Herschel Grynszpan in die deutsche Botschaft und verlangte, den Botschafter zu sprechen. Als er schließlich von einem Botschaftsangehörigen, Ernst von Rath, empfangen wurde, glaubte Grynszpan den Botschafter vor sich zu haben und schoß ihn nieder. Es begann eine fürchterliche Hetztirade gegen das „Weltjudentum“, und es war in derartigen Tönen, daß nicht nur die Mutter des Angeschossenen für sein Leben betete. Als er tatsächlich starb, setzte eine Treibjagd auf die Juden ein – das erste offizielle Pogrom –, das offensichtlich von langer Hand vorbereitet war. Am Nachmittag des 9. November 1938 erhielten wir mehrere Anrufe von Freunden, die in aller Eile mitteilten, daß der eine oder der andere ihrer Angehörigen verhaftet worden sei. Wir hörten im Radio von der „spontanen“ Volkswut, die Synagogen angezündet und jüdische Geschäfte zerstört hatte. Wie Augenzeugen berichteten, stand die Feuerwehr untätig dabei, und auch die Polizei durfte nicht zugunsten eines Juden oder des jüdischen Besitzes eingreifen. Am 10. November erschien die Gestapo auch bei uns, um meinen Vater zu verhaften. Er war, wie üblich, in seine Schule zur Arbeit gegangen. Der Aufforderung der Gestapo, sich zu stellen, folgte er nicht, denn unsere nichtjüdischen Freunde hatten es für richtiger befunden, daß wir uns alle drei versteckten, bis die Aktion der Gestapo abgeschlossen war.

Mein Vater wurde bei den Eltern einer Freundin – Grete Sommer – in Berlin-Neukölln untergebracht, meine Mutter und ich in der Brandenburgischen Straße bei einer ehemaligen sozialdemokratischen Rektorin. Ab und zu trafen wir uns mit meinem Vater, meist im Schutze der Dunkelheit. Dabei konnten wir auch andere Juden beobachten, die sich mit ihren Frauen in Hausfluren trafen, um Wäschepakete auszutauschen. Die Aktion endete tatsächlich. Einige der Verhafteten, die Auswanderungsmöglichkeiten vorweisen konnten, wurden freigelassen. Sie waren im KZ meist fürchterlich

zugerichtet worden; außerdem forderten die Nationalsozialisten von den Juden eine Buße in Höhe von einer Milliarde Mark.

Nach den Vorkommnissen der „Reichskristallnacht“ hatte sich auch bei den größten Zweiflern nunmehr die Auffassung durchgesetzt, daß für einen Juden ein weiteres Verbleiben in Deutschland nicht länger möglich war. Aber zu jenem Zeitpunkt war es schon nicht mehr so einfach, aus Deutschland auszuwandern. Die meisten Länder hielten ihre Tore geschlossen oder waren nur bereit, eine kleine, ihnen genehme Gruppe von Menschen aufzunehmen. So hatte zum Beispiel England nur Platz für Hausangestellte und nahm, wie auch Schweden, Kinder ohne Eltern auf. Andere, hauptsächlich lateinamerikanische Länder forderten für ein Visum viel Geld, was nur noch wenige deutsche Juden besaßen.

Mein Vater, der nun ebenfalls zu der Erkenntnis gelangt war, daß für einen Juden keine Aussicht mehr auf ein friedliches Leben in Deutschland bestand, hatte unwahrscheinliches Glück: Verwandte, die seit zwei Generationen in England lebten, waren bereit, einen von uns aufzunehmen. Sie mußten für jeden, den sie aufnahmen, eine hohe Kautions hinterlegen, damit derjenige, dem keine Arbeitsgenehmigung erteilt würde, dem englischen Staat nicht zur Last fiel. Da mein Vater am meisten gefährdet war, beschlossen wir, daß er so schnell wie möglich fahren müsse. Alle entsprechenden Vorbereitungen wurden getroffen, dazu gehörte auch die Zahlung einer höheren Summe, einer sogenannten Reichsfluchtsteuer. Eines Tages erhielt mein Vater dennoch eine Vorladung zur Gestapo. Er wurde ultimativ aufgefordert, einen neuen Namen anzunehmen, weil es – wie es hieß – unzulässig sei, daß ein Jude einen Namen trage, der das Wort „deutsch“ enthalte. Innerhalb von fünf Minuten mußte er sich zwischen den Mädchennamen seiner beiden Großmütter entscheiden und dann „freiwillig“ den Antrag auf Namensänderung stellen. Mein Vater hatte nun allen Grund, Deutschland so schnell wie möglich zu verlassen, denn sein Visum für England war auf den Namen „Deutschkron“ ausgestellt worden. Er fuhr schließlich am 19. April 1939 nach England mit dem Versprechen, uns so schnell wie irgend möglich nachzuholen. Kurz nach der Abreise meines Vaters erhielten auch meine Mutter und ich eine Vorladung der Gestapo mit der Auflage, unseren Namen „freiwillig“ zu ändern – zur Durchführung kam diese Angelegenheit wegen des Kriegsausbruchs jedoch nicht mehr.

In den folgenden Wochen stellten wir uns immer wieder die bange Frage: „Wird es meinem Vater gelingen, meine Mutter und mich aus Deutschland herauszuholen?“ Von Woche zu Woche verschärfte sich die internationale Lage derart, daß ein Krieg nicht mehr auszuschließen war. Aber so leicht war es natürlich nicht, für uns eine Stellung in einem Haushalt zu finden, damals die einzige Möglichkeit, um nach England einwandern zu können. Auch die anderen Juden taten alles nur Erdenkliche, um aus Deutschland herauszu-

kommen. Ich erinnere mich noch an die langen Schlangen vor den ausländischen Konsulaten. Es gab allerdings auch jetzt noch Juden, die meinten, nirgends anders als in Deutschland leben zu können. Ich erinnere mich an Paula Fürst, die einen Kindertransport Anfang August 1939 nach England begleitete und ohne weiteres hätte in England bleiben können. Aber sie kehrte zurück, weil sie ihrer Ansicht nach in Deutschland noch eine Aufgabe hatte, in England aber nicht. Schließlich fand mein Vater eine Arbeit für meine Mutter und mich. Wir waren selig. Aber wir ahnten nicht, daß die Formalitäten einer Auswanderung nach England längere Zeit in Anspruch nehmen würden. Und so waren wir tatsächlich noch in Berlin, als am 1. September 1939 der Krieg ausbrach – mit uns noch etwa 200 000 Juden in Deutschland.

Am gleichen Tage wurden Lebensmittelkarten verteilt – die unsrigen waren mit einem „J“ gezeichnet, was uns von allen Sonderrationen ausschloß. Aber das war nur eine der vielen Verordnungen, die gegen die Juden erlassen wurden. Die Nazis hatten überhaupt keinen Grund mehr, Reaktionen aus dem Ausland zu fürchten oder ernstzunehmen. Nach und nach wurden wir in Häuser übersiedelt, die Juden gehörten. Dort stand uns ein Zimmer für zwei Personen zu. An der Wohnungstür wurde ein Judenstern angebracht. Man verlangte von uns, daß wir alle elektrischen Geräte abliefern, darüber hinaus auch Radio- und Fotoapparate sowie Pelze. Die Telefone wurden uns ebenfalls weggenommen. Einer Anordnung zufolge mußten wir vom ersten bis zum letzten Ton der Sirene im Luftschutzkeller getrennt von den „Ariern“ sitzen. Man meinte, uns so besser unter Kontrolle zu haben; damit wir – wie es offiziell hieß – dem Feinde keine Leuchtzeichen geben konnten. Nach und nach wurden auch die uns zugeteilten Lebensmittelrationen gekürzt, sie waren geringer als die der Deutschen. Vieles, wie zum Beispiel Weißbrot, Obst und Gemüse bekamen wir erst gar nicht. Für den Einkauf erlaubte man uns eine Stunde – zwischen 16.00 und 17.00 Uhr. Zwar halfen viele Berliner Gemüse- oder Lebensmittelhändler ihren ehemaligen jüdischen Stammkunden, aber es war nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein. Die Lebensmittelrationen reichten nicht aus, um den Juden die Kraft zu geben, die sie brauchten, um die schwere Arbeit bewältigen zu können, die man ihnen nun zuteilte. Juden mußten in Rüstungsfabriken arbeiten, bei der Müllabfuhr, bei der Straßenreinigung etc. Ich selbst durfte noch ein Jahr in einem jüdischen Haushalt als Dienstmädchen arbeiten, dann wurde auch ich zu IG-Farben „zwangsvermittelt“, wofür ein besonderes Arbeitsamt mit einem berüchtigten Nazi an der Spitze geschaffen wurde. Nur für den Weg zur Arbeitsstelle erlaubte man uns, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, in denen wir uns nicht setzen durften. Die Schikanen waren endlos und enthielten derart absurde Forderungen, wie zum Beispiel, daß Juden nicht zum Friseur gehen durften, daß Juden ihre Wäsche nicht waschen lassen durften, usw. Forderungen, die meiner Meinung nach unerfüllbar waren. Ich habe sie ständig übertreten, weil es mir gleichermaßen gefährlich erschien, sie zu befolgen. Insbesondere die Anordnung, daß Juden einen „Stern“ zu tragen

hatten, ignorierte ich. Ab 19. September 1941 war diese Verordnung für alle Juden vom Alter von sechs Jahren an gültig. Wir waren nun „vogelfrei“! Für viele von uns war dies die schlimmste Demütigung – eine von vielen, die so sichtbar waren, daß sie keinem Berliner hätten entgehen können.

Am 16. Oktober 1941 begann der letzte Akt der Tragödie der Berliner Juden. Der erste Transport von Berliner Juden wurde zusammengestellt und nach „dem Osten“ abgefertigt. Niemand hatte eine Ahnung, wo diese ungefähr tausend Menschen hingebacht wurden. Sie waren ohne jede Vorahnung aus ihren Wohnungen geholt worden. Von da an gingen jeden Monat ein oder zwei Transporte in Richtung Osten ab. Die Kriterien für die Auswahl dieser unglücklichen Menschen wurden von der Gestapo festgelegt und die Durchführung der Transporte der Jüdischen Gemeinde überlassen, die diesen Menschen „Listen“ übersandte, auf denen sie ihren zu hinterlassenden Besitz eintragen mußten. Auf diese Weise wurde dem für den Transport ausgewählten Personenkreis die sogenannte „Abwanderung“ mitgeteilt. Mal handelte es sich um Menschen, die nicht mehr arbeitsfähig waren, mal um solche, die in nicht-kriegswichtigen Betrieben arbeiteten, mal um Mütter mit Kindern usw. Siemens und AEG versuchten, ihre jüdischen Arbeiter so lange wie möglich als unersetzlich zu reklamieren. Ohne Zweifel waren die jüdischen Arbeiter besonders fleißig, da sie wußten, was für sie auf dem Spiele stand. Keiner allerdings wußte Genaues über das Schicksal der Deportierten zu sagen. Es wimmelte von Gerüchten, die durch die BBC London, die als erste im November 1942 von Vergasungen und Massenerschießungen berichtete, noch genährt wurden. Nachrichten von den Deportierten erhielten wir nie. Das System, nach dem die Berliner Gestapo die Abholungen und Deportationen durchführte, schien jedoch der Reichsregierung nicht effektiv genug zu sein. Deshalb beorderte sie Ende 1942 die Wiener Gestapo als Verstärkung nach Berlin. Wien war damals bereits „judenrein“, und nun konnte die Wiener Gestapo ihr „Erfolgssystem“ in Berlin anwenden. Wahllos und ohne jede Vorwarnung wurden die Opfer aus den Häusern geholt, so wie man sie gerade vorfand. Innerhalb weniger Monate war auch Berlin „judenrein“ – am 28. Februar 1943 hatte man die letzten Juden in einer Großrauzia verhaftet.

Ich selbst war zu dieser Zeit bereits einen Monat „untergetaucht“. Frau Gumz, die Besitzerin einer Wasch- und Plättanstalt in der Knesebeckstraße 17, hatte von einem deutschen Soldaten gehört, was man „mit den Juden im Osten macht“. Sie beschwor meine Mutter, uns nicht deportieren zu lassen. Sie und ihr Mann würden uns aufnehmen und uns helfen. Meiner Mutter erschien die Idee zunächst zu phantastisch, und sie besprach sie mit den Freunden meines Vaters, den ehemaligen Sozialdemokraten, deren Ablehnung der Nazis unverändert war. Auch die fanden die Idee großartig und versprachen Hilfe. Am 15. Januar 1943 verließen meine Mutter und ich das möblierte Zimmer in der Bambergerstraße 22, nahmen den „Stern“ endgültig ab und verschwanden in der Wäscherei der Familie Gumz. Ich selbst ging zunächst weiter zur Arbeit in

die Blindenwerkstatt Otto Weidt in der Rosenthalerstraße, in die ich glücklicherweise nach einem kurzen Gastspiel in der – für ihre Grausamkeit Juden gegenüber – berüchtigten IG Farben, Berlin-Lichtenberg, hatte überwechseln können. Weidt, ein fanatischer Anti-Nazi, hatte für mich von einer Prostituierten ein sogenanntes Arbeitsbuch gekauft, das mich zunächst legalisierte. Leider wurde diese Prostituierte bald aufgegriffen, und auch der Betriebsausweis der Firma Weidt half ihr nicht – und auch mir nicht mehr, denn ich verlor so meine einzigen Papiere.

Nach ungefähr einem Monat, den wir bei der Familie Gumz verbracht hatten, mußten wir uns um eine neue Bleibe bemühen. Frau Gumz berichtete, daß ihre Nachbarin sich schon mehrmals „neugierig“ danach erkundigt habe, ob sie Besuch beherberge. Eines stand fest, bei Familie Gumz konnten wir nicht länger bleiben. Andere Freunde nahmen uns auf. Wir schliefen eine Zeit lang hinter dem Tisch eines Ladens, in den wir jeden Abend hineingeschmuggelt wurden. Wir schliefen in einem Bootshaus, wir schliefen auf der Erde einer kleinen Wohnung. Wieder nahmen uns ehemalige Sozialdemokraten aus dem Norden Berlins auf. Und wieder fragte nach einer gewissen Zeit „neugierig“ eine Nachbarin, die möglicherweise guten Willens war. Aber ihre Neugier war für uns gefährlich. Wir wurden weitergereicht. Lisa Holländer nahm uns auf, deren jüdischen Mann die Nazis ermordet hatten. Unsere Geldmittel, die es uns auch ermöglicht hatten, auf dem Schwarzmarkt zu kaufen, nahmen rapide ab. Meine Mutter begann in einer Druckerei zu arbeiten. Der Inhaber, ein ehemaliger Kommunist, hatte ihre wahre Identität gar nicht wissen wollen. Ich arbeitete als Verkäuferin in einem Buch- und Papiergeschäft bei einer Freundin. Unsere Versorgung mit Lebensmitteln war schwierig. Unsere Freunde gaben uns, was sie entbehren konnten, aber auch sie hatten nicht allzuviel.

Je länger der Krieg dauerte, je größer die Probleme der Nazis wurden, desto schwieriger wurde unser Überleben. Wir verloren mehrere Verstecke durch Bomben. In einem ehemaligen unbeheizbaren Ziegenstall außerhalb Potsdams fanden wir dann ein relativ sicheres Unterkommen. Personalkontrollen auf den Straßen wurden häufiger, man war auf der Suche nach desertierten Soldaten und entlaufenen Fremdarbeitern. Lebensmittel wurden knapper. Aber dennoch verloren unsere Freunde nie die Zuversicht, daß der Krieg „nur noch wenige Monate dauern“ könne, wie sie hoffnungsvoll sagten. Was sie zu dieser Zuversicht veranlaßte, ist schwer zu sagen. Wir glaubten ihnen diesen Optimismus nur zu gerne. Irgendwie war es grotesk mitanzusehen, wie viele unserer Freunde, die Männer und Söhne an der Front hatten, den Verlust des Krieges herbeisehnten – wohl wissend, daß sie keine andere Chance hatten, die Nazis loszuwerden. Als Anfang 1945 unsere Situation unhaltbar zu werden schien – wir hatten unseren Ziegenstall verlassen müssen, weil die Ehefrau eines unserer Helfer ihren Mann bei der Gestapo angezeigt hatte, weil er Juden versteckt habe, – dachten wir uns etwas Neues aus. Wir fuhren mit der

Eisenbahn – wegen möglicher Personalkontrollen kein ungefährliches Unterfangen – in Richtung Front. Die Russen waren zu jenem Zeitpunkt bereits in Guben. In Lübben stiegen wir in einen Flüchtlingszug ein, der gerade dort hielt. Während der Rückfahrt nach Berlin lauschten wir den Erlebnissen der Menschen, die nach nazistischem Muster erst im letzten Moment aus den belagerten Ortschaften ausreisen durften. Als wir in Berlin ankamen, meldeten wir uns bei der NSV (Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt) als Inge Elisabeth Marie und Ella Paula Richter aus Guben, Am Markt 4 und gaben vor, in dem Gewühl und der Aufregung der Flucht alles verloren zu haben. Wir waren nicht die einzigen – indes bei den anderen entsprach es der Wahrheit. Wir waren nun legal. Man gab uns Lebensmittelkarten und Bezugsscheine für Kleidung, die wir wegen der Knappheit an Waren kaum noch einlösen konnten. Wir mieteten uns ein möbliertes Zimmer in der Ludwigkirchstraße. Der Wohnungsinhaber war ein Nazi, der sogar die Überzeugung aussprach, daß wir weder Polen noch Juden wären. Wir stimmten mit ihm überein. Unser Überleben war nun leicht geworden.

Das Kriegsende erlebten wir in unserem Ziegenstall in Potsdam. Das Geräusch des ersten russischen Panzers habe ich noch heute im Ohr. Er war für mich Symbol dafür, daß wir und nicht die Nazis den Krieg gewonnen hatten. Aber sehr bald mußte ich vor den Russen fliehen, denen unser Schicksal völlig gleichgültig war. Für sie waren wir in erster Linie Frauen und außerdem – Deutsche.

Zur Person:

Inge Deutschkron, geboren 1922 in Finsterwalde. Von Januar 1943 bis zum Kriegsende im Untergrund in Berlin. 1945 Sekretärin der Zentralverwaltung für Volksbildung der sowjetischen Besatzungszone.

1946 bis 1950 Sprachenstudium in England. Mitarbeit bei der Sozialistischen Internationale in London. Auslandsaufenthalte in Indien, Burma, Nepal, Indonesien und Israel. Seit 1955 als Journalistin in der Bundesrepublik Deutschland. Seit 1958 Korrespondentin der israelischen Zeitung „Maariv“ in Bonn. 1960 Akkreditierung als Deutschlandkorrespondentin. Seit 1966 israelische Staatsangehörige. Ab 1972 Journalistin in der Redaktion „Maariv“ in Tel Aviv.

Inge Deutschkron ist die Autorin des Buches „Ich trug den gelben Stern“.

Beiträge zum Thema Widerstand

Herausgegeben von der
Gedenkstätte Deutscher Widerstand

- Heft 1 Andreas Biss, List als Mittel des Widerstandes 6. Aufl. 1987
Heft 2 Ludwig Rosenberg, Widerstand aus der Sicht der Emigration 4. Aufl. 1987
Heft 3 Rudolf Küstermeier, Der rote Stoßtrupp 4. Aufl. 1981
Heft 4 Werner Koch, Der Kampf der Bekennenden Kirche 4. Aufl. 1983
Heft 5 Georg Holmsten, 20. Juli 1944 – Personen und Aktionen 5. Aufl. 1983
Heft 6 Ilse Rewald, Berliner, die uns halfen, die Hitlerdiktatur zu überleben 4. Aufl. 1982
Heft 7 Heinz Galinski/Dietrich Stobbe, Das Gedenken mahnt 1. Aufl. 1978 (vergriffen)
Heft 8 . . . für immer ehrlos – Aus der Praxis des Volksgerichtshofes 4. Aufl. 1986
Heft 9 Heinrich Bücheler, Generaloberst Erich Hoepner und die Militäropposition gegen Hitler 3. Aufl. 1986
Heft 10 Fritz Eberhard, Arbeit gegen das Dritte Reich 3. Aufl. 1981
Heft 11 Ernst Fraenkel, Der Sinn illegaler Arbeit 2. Aufl. 1982
Heft 12 Maria Lahusen, Verurteilt wegen Heimtücke 3. Aufl. 1987
Heft 13 Detlev Peukert, Der deutsche Arbeiterwiderstand gegen das Dritte Reich 4. Aufl. 1987
Heft 14 Anna Sabine Halle, „Die Gedanken sind frei. . .“ 2. Aufl. 1982
Heft 15 Inge Deutschkron, Berliner Juden im Untergrund 5. Aufl. 1987
Heft 16 Wolfgang Wippermann, Antifaschismus in der DDR: Wirklichkeit und Ideologie 1. Aufl. 1980 (vergriffen)
Heft 17 Detlev Peukert, Alltag unterm Nationalsozialismus 2. Aufl. 1987
Heft 18 Adam Wolfram, Bergarbeiter im Widerstand 2. Aufl. 1986
Heft 19 Wolfgang Wippermann, Die Berliner Gruppe Baum und der jüdische Widerstand 2. Aufl. 1982 (vergriffen)
Heft 20 Richard Löwenthal, Die Widerstandsgruppe „Neu Beginnen“ 2. Aufl. 1986
Heft 21 Walter Uhlmann, Metallarbeiter im antifaschistischen Widerstand 2. Aufl. 1984
Heft 22 Erich Klausener, Zum Widerstand der Katholiken im Dritten Reich 2. Aufl. 1987
Heft 23 Bodo Scheurig, Walther von Seydlitz-Kurzbach – General im Schatten Stalingrads 2. Aufl. 1987
Heft 24 Kurt Hermann Mendel, „Blick in die Zeit“ 2. Aufl. 1987
Heft 25 Susanne Miller, Sozialistischer Widerstand im Exil, Prag – Paris – London 1. Aufl. 1984
Heft 26 Ger van Roon, Der Kreisauer Kreis zwischen Widerstand und Umbruch 1. Aufl. 1985
Heft 27 Klaus-Jürgen Müller, 20. Juli: Der Entschluß zum Staatsstreich 1. Aufl. 1985
Heft 28 Hans Mommsen, Der 20. Juli und die deutsche Arbeiterbewegung 1. Aufl. 1985
Heft 29 Klaus-Jürgen Müller, Der deutsche Widerstand und das Ausland 1. Aufl. 1986
Heft 30 Renate Bethge, Bonhoeffers Familie und ihre Bedeutung für seine Theologie 1. Aufl. 1987

© Gedenkstätte Deutscher Widerstand
Stauffenbergstraße 13/14, 1000 Berlin 30
5. Auflage 1987

Redaktion: Wolfgang Göbel
Druck: Felgentreff & Goebel
ISSN 0175-3592

Diese Broschüre wird unentgeltlich abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt